Torsten Schneider/ Wolfram Schulz Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel

0. Einleitung

Am 13. März 1933 erschien die „Kieler Zeitung"[1] mit der Balkenüberschrift: *„Kiel absolut national!"* In der Tat errang die NSDAP bei der Kommunalwahl vom Vortag zusammen mit der deutschnationalen „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" und anderen nahestehenden Listenverbindungen 36 von 64 Sitzen im Kieler Stadtparlament, also die absolute Mehrheit. Bereits eine Woche vorher hatte es diese Partei bei der letzten freien Reichstagswahl vom 5. März 1933 auf einen Stimmenanteil von 47,8 % gebracht, zusammen mit den Deutschnationalen ergab dies eine absolute Mehrheit von 56,6 % der Kieler Wählerstimmen.

Nur etwas mehr als zwölf Jahre vorher, bei der ersten Wahl zum Deutschen Reichstag der neuen Republik, hatte Kiel noch als eine „rote" Stadt mit einem Stimmenanteil von 53,6 % für die drei Linksparteien SPD, KPD und USPD gegolten. Dies Ergebnis erscheint für eine Großstadt von mehr als 200 000 Einwohnern um einiges plausibler als die „nationale" Wahlentscheidung Kiels von 1933, insbesondere wenn man andere Großstädte zum Vergleich heranzieht (Essen 1933: NSDAP 30,6 %). Was geschah in diesem Zeitraum zwischen der ersten und letzten Reichstagswahl der Weimarer Republik in Kiel? Warum reagierte die Kieler Bevölkerung ungleich positiver auf den Nationalsozialismus als andere Großstädte des norddeutschen Raums?

Der nationalsozialistische Erfolg in den ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins ist bereits von Rudolf Heberle und Gerhard Stoltenberg untersucht worden[2], eine Analyse der städtischen Wahlerfolge der NSDAP steht allerdings noch aus. Kiel bietet sich für eine solche Untersuchung vor allem deswegen an, weil sie die größte Stadt der Provinz war und nicht wie Altona dem Großraum Hamburg zuzurechnen ist.

1. Wirtschaftliche und soziologische Randbedingungen in Kiel

War Kiel in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch eine relativ unbedeutende Stadt, in der die kleingewerblich-handwerkliche Produktionsweise dominierte[3], so änderte sich dies mit dem Jahre 1871, als Kiel zum *„Reichskriegshafen"* erhoben wurde. Nachdem bereits 1865 Preußen seine Flottenstation von Danzig nach Kiel verlegt hatte und 1867 Kiel Kriegshafen des Norddeutschen Bundes geworden war, setzte nun ein forcierter Ausbau der Kriegsflotte ein.[4] Die Werften entwickelten sich zum dominierenden Wirtschaftsfaktor in Kiel und waren wie die mittleren Industriebetriebe, die meist Zulieferbetriebe und Hilfsindustrien für die Werften waren, direkt von der Marine abhängig – nicht zuletzt weil die Zivilproduktion zunehmend abgebaut wurde.[5] Die Kieler Industrie wurde insofern konjunkturunabhängig, erkaufte sich diesen Vorteil jedoch mit einer industriellen Monostruktur, deren Nachteile sich besonders nach dem Kriege bemerkbar machten.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung einher ging ein rasantes Bevölkerungswachstum. Wohnten 1867 noch 21 710 Personen in Kiel, so waren es 1891 bereits 64 394 und 1914 schließlich 190 822.[6] Auffallend ist hierbei eine große Fluktuation inner-

[1] Aus: KZ, Nr. 72 vom 13. 3. 1933.
[2] Vgl. Literaturverzeichnis.
[3] Zottmann 47, S. 71ff.
[4] Wenzel 78, S. 147.
[5] Ebd., S. 46.
[6] Nach: Wissing 29, S. 8ff.

halb der Kieler Bevölkerung gegen Ende der Friedenszeit, die bis an die 20 % ausmachte und damit fast doppelt so hoch war wie in anderen Städten.[7] 1925 waren 213 881 Personen in Kiel gemeldet, mit folgender Konfessionszugehörigkeit: Katholiken 4,5 %, Protestanten 87,5 %, Juden 0,3 % und sonstige 7,7 %.[8]

Mit dem Ende des I. Weltkrieges war Kiel aufgrund des Versailler Vertrages gezwungen, seine gesamte Kriegsproduktion aufzugeben, blieb jedoch *„Reichskriegshafen"* mit einer auf ca. 15 000 Mann geschrumpften Garnison.[9] Infolge der industriellen Monostruktur gelang die plötzlich verlangte Umstellung auf Friedensproduktion kaum, zumal der Vorschlag, Kiel zum Handelshafen auszubauen, am Widerstand der Marine scheiterte.[10]

Die Industrie- und Handelskammer Kiels bemerkt in ihrem Jahresbericht von 1929 hierzu:

„. . . der Verlust der Marine in ihrer alten Größe war für uns ein ungeheuer schwerer Schlag und hat Kiel vor eine Aufgabe gestellt, wie sie schwerer kaum einer anderen Stadt nach dem Kriege zugefallen ist."[11]

Deutlich wird die Monostruktur Kiels unter anderem anhand der Berufszählung von 1925: von den 38 615 Arbeitern (= 100 %) waren allein 31,6 % direkt im Schiffsbau beschäftigt.[12]

Kiel ist jedoch keine reine Arbeiterstadt, wie es sich vermuten ließe. Auf der Basis der Berufszählung von 1933 ergibt sich für Kiel folgende Sozialstruktur:[13]

Selbständige	11,2 %	
Mithelfende Fam.-Angeh.	2,5 %	
Beamte	13,0 %	
Angestellte	15,5 %	= 20,5 %
Angest. Erwerbslose	5,0 %	
Arbeiter	24,8 %	= 46,8 %
Arbeiter erwerbslos	22,0 %	
Hausangestellte	5,0 %	
erwerbslose Hausangest.	0,2 %	

Vergleicht man dies mit dem Ergebnis für das gesamte Deutsche Reich von 1933,[14]

Selbständige	16,1 %
Mithelfende Fam.-Angeh.	16,5 %
Angestellte	12,7 %
Beamte	4,7 %
Arbeiter	50,0 %

so stellt man fest, daß die Arbeiter sogar unterproportional vertreten sind. Der deutlich überproportionale Anteil der Beamten in Kiel ist zu einem großen Teil auf die Marine zurückzuführen.

Ab dem Jahre 1929 verschlechterte sich die ökonomische Situation permanent. Die Belegschaft in den Werften und anderen Großbetrieben mußte teilweise um über 50 % verringert

[7] Wenzel 78, S. 35.
[8] Stat. Monatsberichte d. Stadt Kiel 1927 (April).
[9] Kleyser 69, S. 69.
[10] Ferd.-Tönnies-Ges. 83, S. 3.
[11] Verwaltungsbericht 1930, S. 77.
[12] Stat. d. Dtsch. Reiches Bd. 406, 3/1928, S. 188ff. Bevölkerung nach dem Hauptberuf d. Erwerbstätigen.
[13] Ebd. Bd. 451/1933 S. 2. – Prozentuiert wurden die Erwerbspersonen auf Basis aller angeführten Erwerbspersonen. Summe ergibt wg. Rundungsfehler keine 100 %. Die Kategorie der „Berufslosen Selbständigen" wurde bei der Prozentuierung, welche selbst durchgeführt wurde, nicht berücksichtigt.
[14] Entnommen: Petzina et al. 78, S. 55.

werden.[15] Waren in Kiel 1928 noch 12382 Personen in den Werften beschäftigt, so waren es 1929 nur noch 8818.[16] Diese Zahlen gewinnen noch mehr an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die drei Werften „Deutsche Werke", „Krupp-Germania-Werke" und „Howaldt-Werke" eine maximale Kapazität von 23000 Personen besaßen.[17]

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Kiel ab 1929:[18]

Jan. 1929:	9144
Dez. 1929:	12874
Dez. 1930:	17198
Dez. 1931:	26830
Dez. 1932:	29256
Dez. 1933:	20824

Eine Gliederung der Erwerbslosen nach Wirtschaftsabteilung ergibt folgendes Bild:[19]

Abt.:	insges.:	davon erwerbslos:
Landwirtschaft, Gärtnerei etc.	2,3 %	47,4 %
Industrie & Handwerk	40,8 %	43,4 %
Handel & Verkehr	27,4 %	21,4 %
Öffentl. & Priv. Dienste	22,4 %	8,6 %
Häusl. Dienste	7,0 %	27,6 %

Die Berufszählung von 1933 weist aus, daß allein die Kategorie der Arbeiter 76,9 % der Arbeitslosen auf sich vereint, die restlichen 23,1 % entfallen auf die Angestellten.[20]

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wurde in Kiel, wie den Tabellen zu entnehmen ist, im Dezember 1932 mit 29256 Personen erreicht. Da in Kiel auf eine bewohnte Wohnung statistisch 1,06 Haushaltungen mit durchschnittlich 3,54 Einwohnern entfielen[21], was im Vergleich zu anderen Großstädten deutlich unter dem Durchschnitt liegt, waren ca. 100000 Personen in Kiel direkt von der Arbeitslosigkeit betroffen, somit also nahezu 50 % der Einwohner.

Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen blieb für den städtischen Haushalt nicht ohne Folgen:

Die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke im Jahre 1931 wurden mit 14 Mill. RM veranschlagt, was gegenüber dem Jahre 1914 eine Steigerung um 13,1 Mill. RM ausmachte. Trotzdem geriet man in Liquiditätsschwierigkeiten, so daß 1931 eine ratenweise Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen und Sozialrenten angeordnet werden mußte.[22]

Ein Versuch der Stadt, die Privatindustrie durch Subventionsangebote für eine Einstellung von Wohlfahrtsempfängern zu gewinnen, führte lediglich bei den „Howaldt-Werken" zum

[15] Stat. Monatsbericht Stadt Kiel 1929 Nr. 3, S. 158 u. Nr. 4 S. 214.

[16] Asmussen, Hans-Christian: Die wirtschaftl. und politische Entwicklung in den Stadtkreisen Kiel und Neumünster 1929–33, Kiel 1973, zit. nach: Steffens 74, S. 14.

[17] Wirtschaftl. Nachrichten d. Verbandes der Schleswig-Holsteinischen IHK 1930, Altona 1930/2, S. 22.

[18] Monatsber. Stadt Kiel, mehrere Ausgaben.

[19] Stat. d. Dtsch. Reiches Bd. 451 (ohne berufslose Selbständige).

[20] Ebd. (die berufslosen Selbständigen sind bei der Prozentuierung im Nenner enthalten).

[21] Stat. Jahrbuch Deutscher Städte 1927, S. 310.

[22] KZ vom 28. 7. 31 zit. n. Steffens 74, S. 16.

Erfolg.[23] Mitverantwortlich für die desolaten Stadtfinanzen war die starke Belastung des städtischen Haushaltes durch Wohlfahrtsausgaben, welche in Kiel höher ausfielen als in nahezu allen anderen Großstädten des Reiches. Dies wiederum ist unmittelbar verknüpft mit der Struktur der Arbeitslosigkeit: Ein Arbeitsloser wurde im Jahre 1930 26 Wochen lang von der Arbeitslosenunterstützung und dann 39 Wochen lang von der *„Krisenfürsorge"* unterstützt. Hatte er nach Ablauf dieser Zeit noch immer keine Arbeit gefunden, fiel er unter die Kategorie der *„Wohlfahrtserwerbslosen"*.[24]

1932 gehörte in Kiel der weitaus größte Teil der Arbeitslosen zu eben diesen „Wohlfahrtserwerbslosen". Von den 26 404 unterstützten Arbeitslosen waren 71,3 % Wohlfahrtsempfänger, 21,4 % Krisenfürsorgeempfänger und nur 7,3 % erhielten Arbeitslosenunterstützung.[25] Der Wohlfahrtsempfängeranteil lag somit deutlich über dem Durchschnitt der Großstädte von 62,3 %. Die Wohlfahrtserwerbslosen bekamen 1929 noch einen monatlichen Durchschnittsbetrag von 46,95 RM, welcher in der Folgezeit noch mehrmals gekürzt wurde.[26] Als Folge der Arbeitslosigkeit in Kiel sanken die Steuereinnahmen von 1930 noch 21,3 Mill. RM auf 13,7 Mill. RM 1932.[27]

Fazit:

Infolge der wirtschaftlichen Monostruktur befand sich Kiel bereits vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in einer Strukturkrise, die sich nach 1929 im Vergleich zu anderen Städten überproportional verschärfte.

[23] Verwaltungsbericht 1930, S. 68.
[24] VZ Nr. 277/1930, zit. n. Steffens 74, S. 19.
[25] Stat. Jahrbuch Deutscher Städte, 1933, S. 528ff.
[26] VZ Nr. 60/1930, zit. n. Steffens 74, S. 19.
[27] Vgl. Rietzler 82, S. 60/61.

2. Eine Analyse der Kieler Wahlen

Unsere Analyse der Kieler Wahlen zum Aufstieg der NSDAP (die detaillierte Untersuchung wird sich dabei auf die Reichstagswahlen von 1928–1932 und Reichspräsidentschaftswahlen beschränken) soll folgende Zusammenhänge und Erklärungsansätze untersuchen:

- Den Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Bereitschaft, NSDAP wählen, d. h. inwiefern z. Bsp. ein mittelständischer Selbständiger eher geneigt war, nationalsozialistisch zu wählen, als ein Arbeiter. Rekrutierte sich die NS-Wählerschaft tatsächlich aus den Reihen eines *„radikalisierten Mittelstandes"*[28] und waren Arbeiter in ihrer Mehrheit aufgrund ihrer Milieugebundenheit[29] immun gegen die „braune" Ideologie? Wie steht es mit Angehörigen der Oberschicht, gilt für Kiel dasselbe wie etwa für Hamburg (oder auch Berlin), für die Richard Hamilton konstatiert, *„die größte Unterstützung für den Nationalsozialismus"* sei *„aus den Distrikten der Ober- und oberen Mittelschicht"* gekommen,[30]
- und damit die *„twin-hypothesis"* von der *„upper-class-responsibility"* und der *„lower-class-irresponsibility"* dort widerlegt sieht?[31]
- Den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und NS-Wahlerfolgen, ob, wie noch die Mehrzahl der heutigen Historiker behauptet, es die Arbeitslosen waren, die Hitler ihre Stimme gaben[32], oder, wie neuere Forschungen andeuten, die Arbeitslosigkeit eher einen indirekten Einfluß hatte und die durch die wirtschaftliche Lage Verunsicherten zu nationalsozialistischer Stimmabgabe bewegte, während die Betroffenen selber, in ihrer Mehrzahl Arbeiter, eher zur KPD tendierten, soweit sie nicht Angestellte waren und in diesem Fall doch dazu neigten, NSDAP zu wählen.[33]
- Den Zusammenhang zwischen dem fast völligen Verschwinden der Parteien *„der bürgerlichen Mitte"* und dem Aufstieg der NSDAP, d. h. also die Frage nach den Wählerwanderungen. Hier ist natürlich vor allem auch der sooft behauptete Zusammenhang zwischen Liberalismus und Nationalsozialismus zu untersuchen, wie er etwa von Lipset vertreten wird.[34] Desgleichen wäre zu analysieren, inwieweit Wählerwanderungen zu den Nationalsozialisten auf das *„bürgerliche"* Milieu begrenzt blieben und ob es nicht auch größere Austauschbewegungen mit den Arbeiterparteien SPD und KPD gegeben hat.
- Den Zusammenhang zwischen erhöhter Wahlbeteiligung und dem generellen Anwachsen der Wählerschaft und den NS-Erfolgen, d. h. inwieweit ehemalige Nichtwähler und Erstwähler den Nationalsozialisten zum Erfolg verhalfen.
- Den Zusammenhang zwischen Konfessionszugehörigkeit und NSDAP-Wahl, die Frage nach der Begrenzung des NS-Aufstiegs durch die Milieugebundenheit der Katholiken und deren Stimmabgabe für das Zentrum sowie die Milieuungebundenheit der Protestanten, die diese ins Lager der nationalsozialistischen Rechten treibt.[35]

Am Beispiel Kiels läßt sich aufgrund der Quellenlage, metho-

[28] Dazu: Lipset 81, a.a.O.
[29] Dazu: Burnham 72.
[30] Vgl. Hamilton 82, S. 121.
[31] ebd. S. 115.
[32] Vgl. Falter et al. 83, S. 526.
[33] Vgl. Falter et al. 83, S. 550 und Falter 84, S. 290.
[34] Dazu: Lipset 81, a.a.O.
[35] Dazu: Burnham 72.

discher Probleme und einiger Besonderheiten dieser Stadt nicht allen diesen Punkten nachgehen, schon gar nicht ein schlüssiger Beweis für die Richtigkeit der einen oder anderen These erbringen, unsere Daten und deren Analyse erlauben es jedoch, einen Teil dieser Fragestellungen näher zu beleuchten.

2.1. Die Reichstagswahlen in Kiel – ein Überblick

Tabelle 1. Reichstagswahlergebnisse 1920 bis 1933 in Kiel (A), in Schleswig-Holstein (B) und im Reich (C)[36]

Wahl (Bet.)	SPD	USPD	KPD	Z	DDP	DVP	DN	NS	Rest
R 20									
A: 84,2	42,0	5,8	5,8	1,5	5,8	12,6	15,3	—	0,4
B: 78,0	=40,3		6,1	0,8	9,4	18,4	20,5	—	4,5
C: 79,2	21,7	17,9	2,1	13,6	8,3	13,9	15,1	—	7,4
R 24I									
A: 83,6	29,4	1,2	10,7	1,5	6,3	9,2	25,7	8,4*	7,3
B: 77,2	24,9	—	10,2	1,0	8,1	12,1	31,0	7,4*	5,3
C: 77,4	20,5	0,8	12,6	18,1	5,7	9,2	19,5	6,5**	9,4
R 24II									
A: 83,7	34,1	0,6	7,1	1,5	5,9	13,2	33,8	2,6*	1,0
B: 77,3	30,3	—	6,7	1,1	8,7	14,6	33,0	2,7*	2,9
C: 78,8	26,0	0,3	9,0	17,3	6,3	10,1	20,5	3,0**	7,8
R 28									
A: 84,9	41,3	—	7,2	1,6	4,1	13,1	26,9	2,0	5,5
B: 76,9	35,3	—	7,9	1,1	5,7	13,7	23,0	4,0	9,3
C: 75,6	29,8	—	10,6	15,2	4,9	8,7	14,2	2,6	14,0
R 30									
A: 87,1	37,2	—	10,4	1,6	2,8[x]	8,2	9,0	22,7	8,0
B: 82,6	29,8	—	10,6	1,0	4,7[x]	7,3	6,1	27,0	13,5
C: 82,0	24,5	—	13,1	14,8	3,8[x]	4,5	7,0	18,3	14,0
R 32I									
A: 89,2	33,0	—	11,4	1,6	0,8	1,1	5,3	45,9	0,8
B: 87,9	26,2	—	10,7	1,2	1,4	1,4	6,5	51,0	1,6
C: 84,1	21,6	—	14,3	15,7	1,0	1,2	5,9	37,3	3,0
R 32II									
A: 87,5	30,2	—	13,5	1,5	0,7	1,7	9,6	41,7	0,9
B: 84,9	24,7	—	13,3	1,0	1,2	2,1	10,2	45,7	0,8
C: 80,6	20,4	—	16,9	15,0	1,0	1,9	8,9	33,1	2,7
R 33									
A: 92,1	28,7	—	11,0	1,5	0,6	1,0	8,8[!]	47,8	0,4
B: 89,5	22,1	—	10,7	1,0	0,8	1,3	10,1[!]	53,1	0,7
C: 88,8	18,3	—	12,3	13,9	0,9	1,1	8,0	43,9	1,6

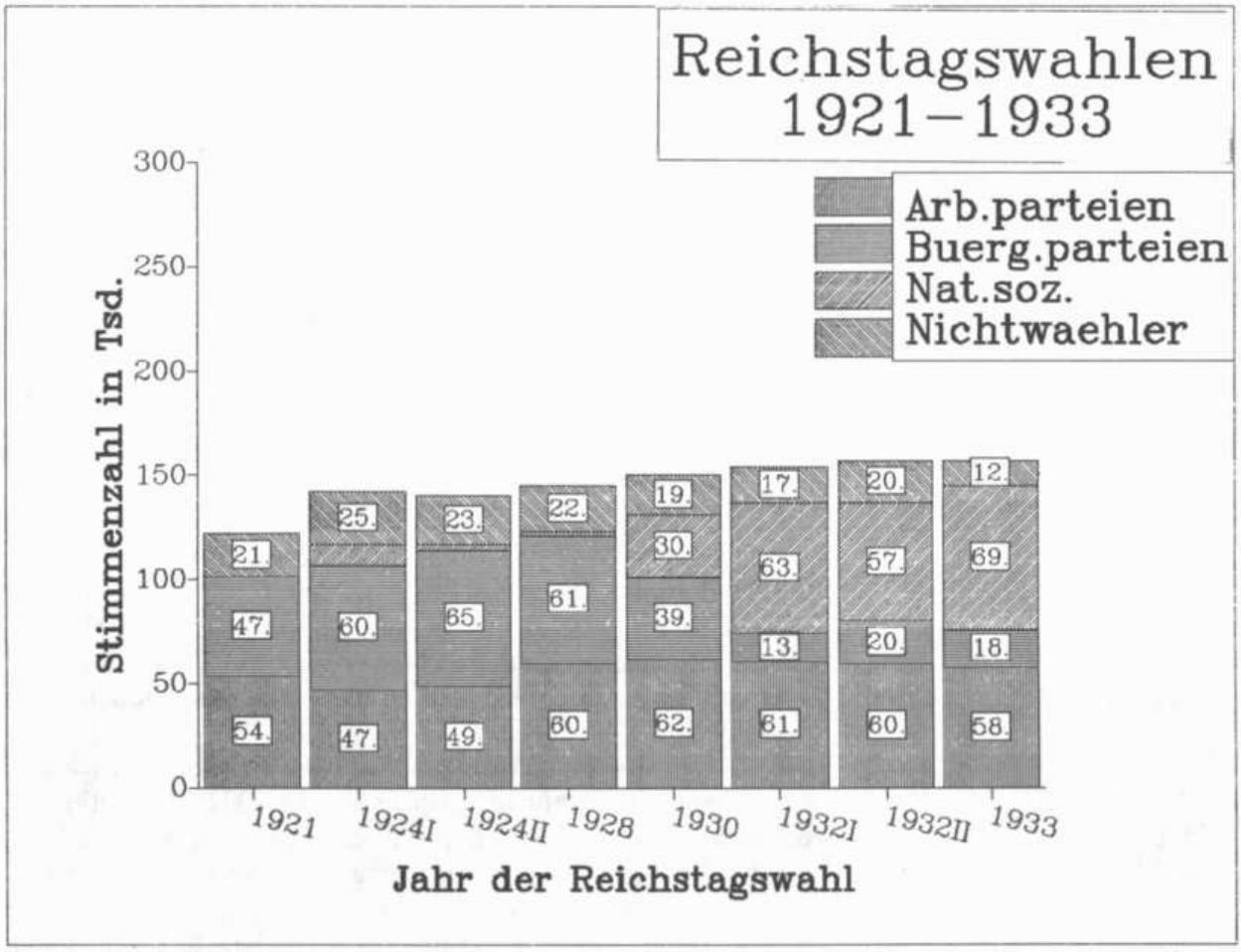
* = 24 I DVFP
24 II NSFP
** = NSFB
x = ab 30 DStP
! = Kampffront Schwarzweißrot

[36] Stat. d. Dtsch. Reiches Bd. 291, 315 (1–6), 372, 382, 434, 449 – entsprechende Jahrgänge.

Die erste Reichstagswahl (vgl. Tab. 1) fand in Kiel wie auch im übrigen Schleswig-Holstein erst am 20. Februar 1921 statt, d. h. erst mehr als ein halbes Jahr später als in den meisten Reichsgebieten, und brachte schon eine erste Schwächung der „Weimarer Koalition" von Zentrum, DDP und Sozialdemokratie. In Kiel erlangte zwar die SPD noch mit der USPD die absolute Mehrheit, und die bürgerlichen Parteien verblieben wie vor dem Krieg in der Minderheit, jedoch zeigten sich bereits zwei Veränderungen. Auf dem linken Flügel des Parteienspektrums erlangte die KPD mit 5,8 % der Stimmen in Kiel ein reichsüberdurchschnittliches Ergebnis (allerdings unter dem schleswig-holsteinischen Durchschnitt!), eine Tatsache, die sich wohl in erster Linie auf den seit dem Vorjahr fortgeschrittenen organisatorischen Aufbau der jungen Partei und die seitdem zunehmende Abkehr von der USPD durch die radikaleren Kräfte auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung zurückführen läßt. Letztere lag mit nur 5,8 % weit unter dem Reichsdurchschnitt von 1920 von 17,9 %.

Im Spektrum der bürgerlichen Parteien machte sich eine Verschiebung nach rechts bemerkbar, die mit nur noch 5,8 % für die Freisinn-Nachfolgerin DDP und bereits 15,3 % für die republikfeindlichen Deutschnationalen eine Abkehr vom „Linksliberalismus" ankündigte. Die Wahlbeteiligung lag 1921 wie bei allen folgenden Reichstagswahlen über dem Reichs- und Provinzdurchschnitt. Das katholische Zentrum spielte in

Abbildung 1: Reichstagswahlen 1921–1933 in Kiel



Kiel mit nur 1,5 %, die auch in der Folgezeit sehr stabil blieben, nur eine untergeordnete Rolle, eine bei einem Katholikenanteil von nur 4,5 % an der Gesamtbevölkerung[37] der Stadt kaum verwunderliche Tatsache.

Die Wahlen drei Jahre später erbrachten schließlich einen Umschwung, bei dem die Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD gegenüber den bürgerlichen Parteien in die Minderheit gerieten. Nur die KPD konnte dies Ergebnis als einen leichten Erfolg verbuchen, da sie mit 10,7 % der Wählerstimmen einen Zuspruch erhielt, der erst 1932 wieder übertroffen werden sollte. Einen Triumph hingegen konnte die extreme Rechte feiern, die – DNVP und Völkische – mehr als ein Drittel der Wählerstimmen für sich gewinnen konnte. Bei den Wahlen im Dezember ging der Anteil der völkischen Wähler wieder drastisch zurück, während die DNVP jetzt allein ein Drittel der Stimmen für sich gewann. Für die Linksparteien erbrachte die Dezemberwahl nur insofern eine Veränderung, als daß die SPD ihre Position wieder verstärken konnte und die KPD wieder an Boden verlor. An der Majorität der bürgerlichen Parteien änderte sich auch im Dezember nichts.

Die rechte Dominanz in Kiel veranschaulichen auch die beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl von 1925: Zwar holte der völkische Kandidat Ludendorff nur 0,3 % der Stimmen im ersten Wahlgang, der konservative Kandidat der DVP und DNVP, Jarres, jedoch erzielte hier auf Anhieb eine absolute Mehrheit von 52,8 %, während auf den SPD-Kandidaten Braun nur 37,5 % entfielen. Im zweiten Wahlgang holte schließlich der neue Kandidat der republikfeindlichen Rechten, Hindenburg, 59,8 % gegenüber nur 36,5 % für den Kandidaten der Republik, den Zentrumspolitiker Marx.[38]

Bei den Wahlen von 1928, nach einer Phase allgemeiner Stabilisierung im Reich, verbesserte sich auch in Kiel die Position der republikanischen Parteien, wobei allerdings die DDP weiter an Boden verlor, aber die SPD sich mit 41,3 % wieder zumindest an ihr 1921'er Ergebnis annäherte. Trotzdem blieb die DNVP im bürgerlichen Spektrum die stärkste, insgesamt zweitstärkste Partei.

Nach dem Hereinbruch der Weltwirtschaftskrise und ihren verheerenden Folgen schaffte die NSDAP, die 1928 nur 2 Prozent der Stimmen erhielt, bei der Reichstagswahl 1930 mit 22,7 % ein beachtliches Ergebnis, welches zwar nicht an den schleswig-holsteinischen Durchschnitt heranreichte, aber deutlich über dem Reichsdurchschnitt lag. Weiterer Sieger war die KPD, die mit 10,4 % sich verbesserte, aber unter dem Reichsdurchschnitt lag, während als Verlierer besonders SPD und DNVP dastanden und die liberalen Parteien zusammen immerhin noch auf 11 % kamen.

Den zweiten großen Erfolg der Nationalsozialisten erbrachte die Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932, die Hitler im zweiten Wahlgang als Kandidaten der „Harzburger Front" mit 46 % nur knapp hinter Hindenburg, nunmehr Kandidat der Republik, mit 46,2 % zurückbleiben ließ.[39]

Die absolute Mehrheit erreichten diese Kräfte im Sommer

[37] Ebd. Bd. 401, S. 364 (nach Volkszählung 1925).
[38] Ebd. Bd. 321/1925.
[39] Ebd. Bd. 427/1932.

bei der Juliwahl 1932, wo die NSDAP alleine schon 45,9 % auf sich vereinigen konnte und mit der DNVP zusammen auf 51,2 % kam. Diese absolute Mehrheit der extremen Rechten blieb auch bei der Novemberwahl 1932, allerdings mit einer Kräfteverschiebung zugunsten der Deutschnationalen.

Der KPD gelang es nicht im gleichen Maße, in Kiel von der Krise zu profitieren, denn selbst ihr bestes Abschneiden im November 1932 mit 13,5 % verblieb noch unter dem Reichsdurchschnitt. Die SPD-Wähler stellten noch ein Drittel der Wählerschaft, während die liberalen Parteien und Kleinstparteien des Mittelstandes in die völlige Bedeutungslosigkeit versanken.

Bei der letzten „freien" Wahl 1933 unter Beteiligung einer bereits verbotenen KPD legte die NSDAP erneut auf 47,8 % zu, welche durch das gleichfalls gute Abschneiden der Deutschnationalen (unter dem Namen „Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot") die rechte absolute Mehrheit auf 56,6 % erhöhte.

Abb. 1 veranschaulicht die relative Konstanz eines Wählerblocks von SPD und KPD und den gleichzeitigen Auszehrungsprozeß der Mitte von 1928 bis 1933. Nur einen Hinweis vermag sie auf den Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Wahlbeteiligung und dem Erfolg der NSDAP zu geben: Es führt vor Augen, wie das oberste „Kästchen" der Nichtwähler stetig abnimmt, und das darunterliegende der NSDAP im gleichen Zeitraum sich vergrößert. Darüberhinaus wächst der gesamte Wähler-„Balken" nach oben.

Festzuhalten bleiben:

- Der Verlust der „linken" Mehrheit erfolgte schon bei der Reichstagswahl 1924 (I), während sich gleichzeitig im Bürgertum eine Mehrheit für die republikfeindliche DNVP findet und die DDP langsam immer mehr an Boden verliert.
- Das reichsüberdurchschnittliche Abschneiden der NSDAP bei allen Wahlen von 1930 bis 1933 und die reichsunterdurchschnittlichen Ergebnisse der KPD.
- Die relative Konstanz des SPD/KPD-Wählerblocks läßt auf eine Kräfteverschiebung im bürgerlichen Lager schließen, die von 1919 an vom linksliberalen übers rechtskonservative hin zur NSDAP geführt haben dürfte, dessen Ausmaß im Folgenden aber noch zu untersuchen sein wird.

2.2. Die Wahlen auf Stadt- und Stimm-Bezirksebene

Eine genauere Analyse der Kieler Wahlen wurde auf Basis der Ergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken für die Reichstagswahlen von 1928, 1930, vom Juli und November 1932 sowie für die Präsidentschaftswahlen von 1925 und 1932 vorgenommen. Im Gegensatz zum Beispiel zu Hamburg, wo die Wahlergebnisse auf unterster Ebene in der „Statistik des Hamburgischen Staates" veröffentlicht wurden, sind diese Daten in Kiel nur Zeitungsveröffentlichungen aus den ersten Tagen nach der jeweiligen Wahl zu entnehmen. Die für unsere Untersuchung verwandten Zahlen wurden in der SPD-nahen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" sowie den „Kieler Neuesten Nachrichten" entnommen, die bedauerlicherweise weder Angaben über Wahlbeteiligung noch Briefwählerstimmen enthalten.

rechte Seite: Abbildung 2

Ein weiterer Nachteil der Datenlage war, daß weder Sozialdaten noch Angaben über Erwerbslosigkeit zu bekommen waren, mit denen ein Vergleich mit den Wahlergebnissen möglich gewesen wäre. Derartige Informationen sind nur den jährlich herausgegebenen Adressbüchern zu entnehmen. Eine Gesamtauswertung für das Stadtgebiet Kiel wäre nur mit einem unverhältnismäßig hohen Arbeits- und Zeitaufwand zu leisten, deshalb beschränken wir uns auf die Erhebung von Sozialdaten für 11 ausgewählte Stimmbezirke nach Angaben für das Jahr 1930.[40]

Eine Darstellung der Wahlergebnisse auf Ebene der Stadtteile konnte durch Zuordnung der Stimmbezirke zu den Stadtteilen erfolgen, die mit Hilfe eines Stadtplanes und den in der SHVZ erschienenen Angaben über den Umfang der einzelnen Stimmbezirke vorgenommen wurde. Diese aggregierten Daten enthalten eine leichte Fehlerquote, da es einzelne Überschneidungen gab. Eine Gesamtauswertung mit allen Stimmbezirksdaten war lediglich zur Untersuchung des Problems der Wählerwanderungen möglich, deren Ergebnisse trotz methodischer Probleme (etwa durch das Fehlen von Angaben über Wahlbeteiligung) zumindest Tendenzen aufzuzeigen vermögen.

Die im folgenden vorgenommene Zusammenlegung der Wählerstimmen für DDP (bzw. Deutsche Staatspartei) und DVP zu einem als liberal definierten Wählerpotential mag auf den ersten Blick fragwürdig erscheinen, ist aber angesichts der relativen Rechtslastigkeit beider Parteien und deren in erster Linie „anti-sozialistischer" Politik in Kiel u. E. gerechtfertigt.[41]

2.2.1. Die regionale Verteilung der Wahlergebnisse

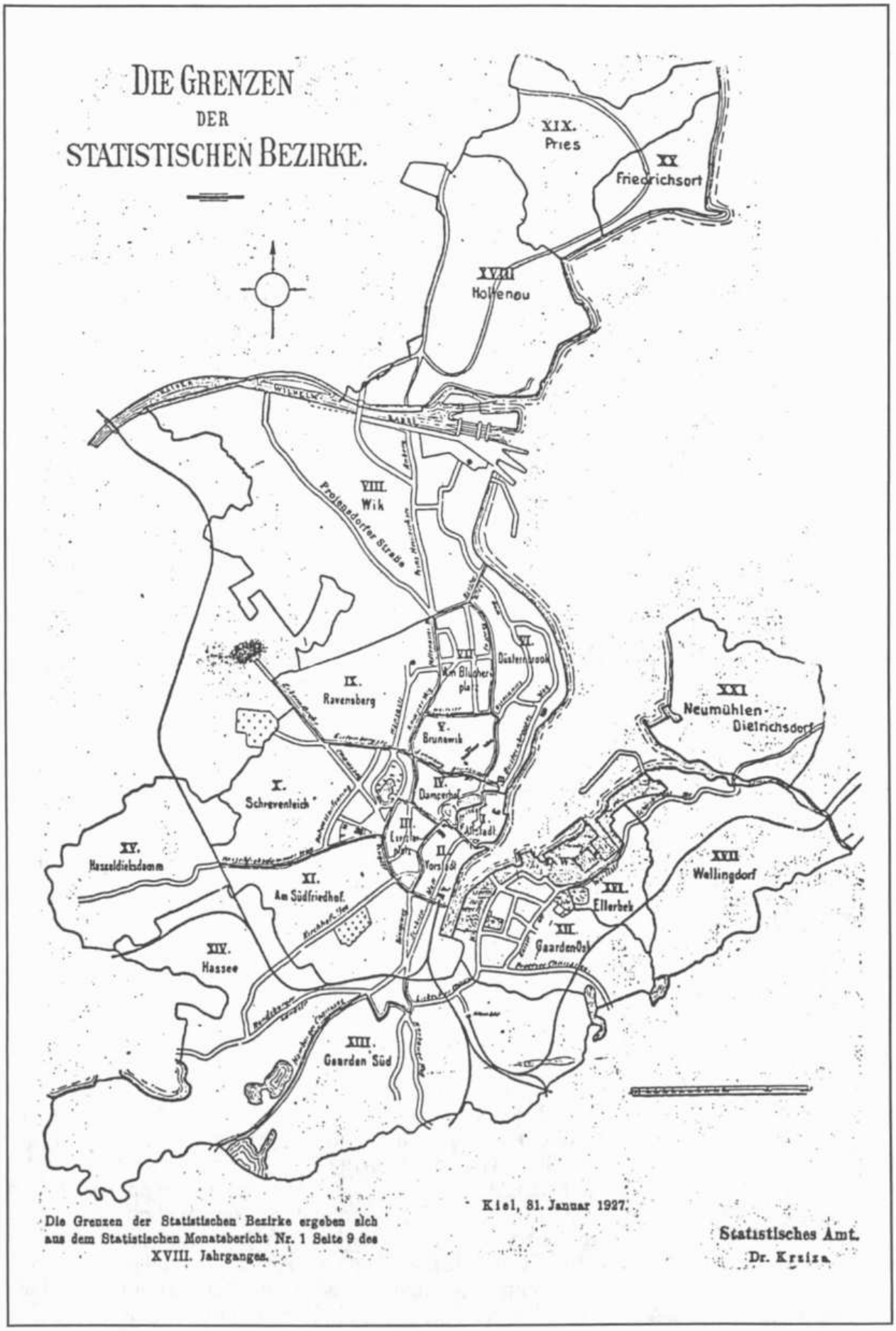
a. Die Stadtgeographie

Kiel ist durch den Einschnitt der Kieler Förde gekennzeichnet, der die Stadt in ein „Ost-" und ein „Westufer" teilt (vgl. Abb. 2). Auf dem westlichen Ufer liegt das Zentrum, das ursprüngliche Kiel von vor 1850, zu dem die Stadtteile *Altstadt, Exerzierplatz, Vorstadt* und *Damperhof* gehören. Die Bauweise[42] der Häuser war südlich des „Kleinen Kiels" (eines im Zentrum gelegenen Binnengewässers) von älteren Formen aus der Zeit der dänischen Herrschaft geprägt, einer Vielzahl von öffentlichen Gebäuden, Geschäften und einem in der Altstadt sehr geringen, in der Vorstadt etwas größerem Arbeiteranteil. Nördlich des „Kleinen Kiels" in Damperhof und Exerzierplatz herrschten Mietshäuser z. T. noch aus den Wachstumsjahren vor, genauso wie in den nördlich, westlich und südlich angrenzenden Bezirken. Entlang der „Holtenauer Straße", die vom Zentrum aus nach Norden führt, erstrecken sich die Stadtteile *Brunswik, Ravensberg* und *Blücherplatz,* die von mittelständisch-gewerblichem Gepräge und teilweise mit Villenbauten durchsetzt waren. Im nördlich angrenzenden *Wik* herrschte bereits eine Stadtrandatmosphäre vor mit einer relativ hohen Zahl von Einzelhäusern. Nordöstlich des Zentrums lag das Villenviertel *Düsternbrook* mit seiner der Oberschicht zuzurechnenden Bevölkerung, welches mit Parkanlagen durchzogen war. Ein weiteres Villenviertel lag im westlichen *Schreventeich,* das ansonsten eher mittelständisch-bürgerlich einzuord-

[40] Adressbuch der Stadt Kiel 1930, Kiel 1930.

[41] Anders in Hamburg, wo die DDP zusammen mit der SPD regierte und eine von der eher rechtsliberalen Reichsleitung unterschiedliche Politik betrieb. Vgl. Brückner, Ursula, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–31, Hamburg 1982.

[42] Vgl. Hädicke, Elli, Kiel – Eine stadtgeographische Untersuchung, Kiel 1931.



Die Grenzen der Statistischen Bezirke ergeben sich aus dem Statistischen Monatsbericht Nr. 1 Seite 9 des XVIII. Jahrganges.

Kiel, 31. Januar 1927.

Statistisches Amt.
Dr. Kriza.

rechte Seite: Abbildung 3

nen war. Die bisher beschriebenen Stadtbezirke sind in ihrer Gesamtheit trotz einzelner Enklaven mit starkem Arbeiteranteil als die bürgerlichen Wohngegenden des damaligen Kiel anzusehen.

Anders der südlich vom Zentrum gelegene Bezirk *Südfriedhof,* der aufgrund seiner Nähe zum Werftenbereich und der Industriezone am Ostufer einen recht hohen Arbeiteranteil besaß. Der Ostteil der Stadt war durch die direkt an der Förde gelegenen Werften und die dahinterliegenden Arbeiterbezirke *Gaarden* und *Ellerbek* gekennzeichnet. Dort herrschten Mietskasernen vor, die teilweise zum Stadtrand hin in Gebiete mit Einzelhäusern übergingen. Letztere waren denn auch für die Randbezirke *Wellingdorf* und *Neumühlen-Dietrichsdorf* im Osten, *Hassee* und *Hasseldieksdamm* im Südwesten sowie die im Norden an der Förde gelegenen Bezirke *Holtenau, Pries* und *Friedrichsort* prägend, die allesamt eine geringe Bevölkerungsdichte aufwiesen. Zum Teil war die Bauform in *Gaarden-Süd* dieselbe, es ließen sich hier aber auch Mietshäuser finden. In den meisten Randbezirken wohnten sehr viele Arbeiter, die aber oft einen erlernten Beruf hatten; so tauchten für Bezirke wie Hassee im Adressbuch oft Berufsbezeichnungen wie *„Schlosser", „Dreher",* aber auch die Beschäftigung in kleineren Betrieben hinweisende Bezeichnungen wie *„Tischler"* o. ä. auf. In Arbeiterbezirken wie Gaarden war der ungelernte *„Arbeiter"* vorherrschend.

Die Bevölkerung wohnte im Kiel der 20'er und 30'er Jahre in ihrer Mehrheit hauptsächlich im Zentrum, den direkt angrenzenden Bezirken sowie den Arbeiterbezirken Ellerbek und Gaarden.[43]

b. Die Reichstagswahlen von 1930 und 1932

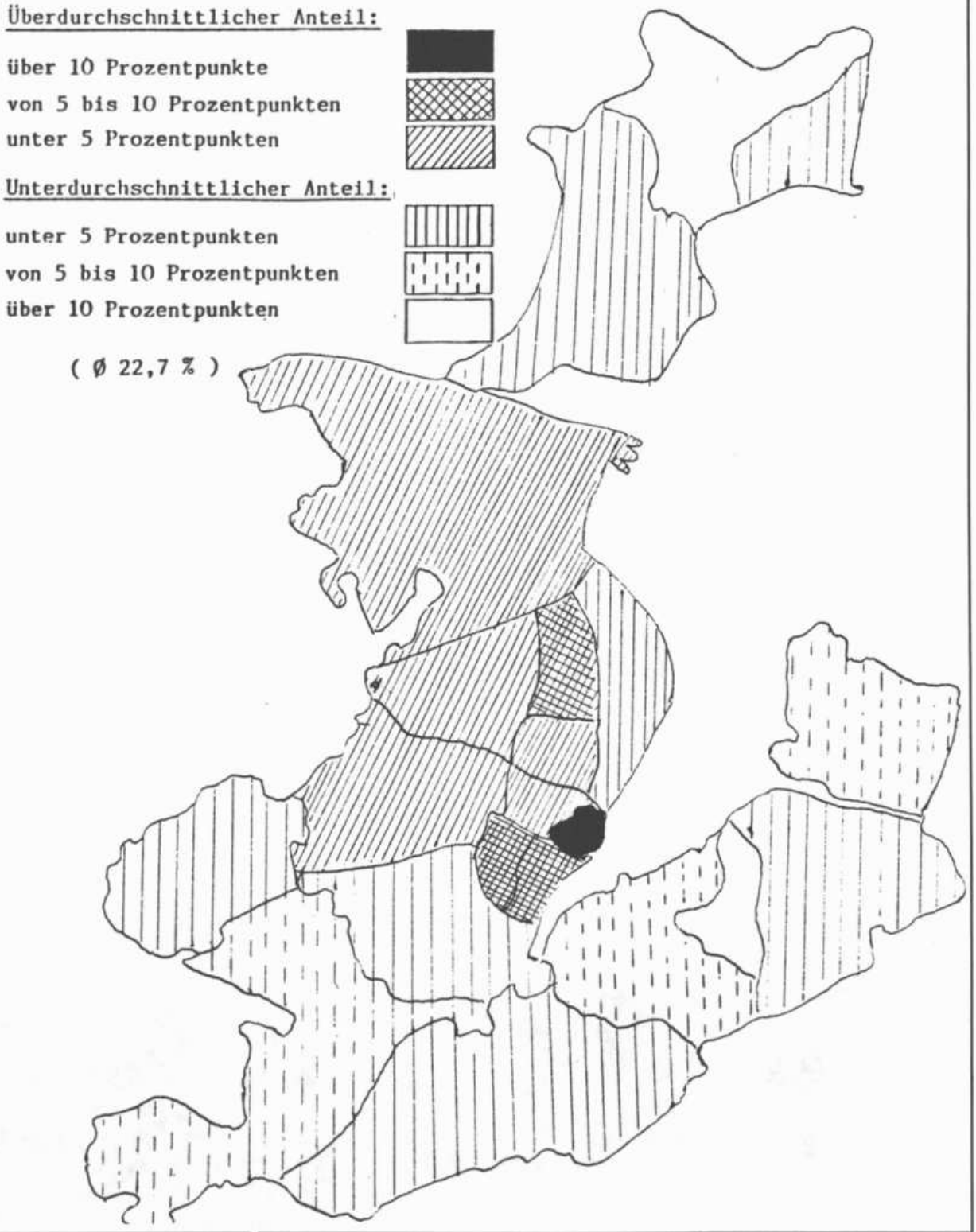
Bei der Reichstagswahl von 1930 (Abb. 3) konnte die NSDAP ihre besten Ergebnisse vor allem im Zentrum und im Norden der Stadt erzielen – in der Altstadt mit 35,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen gefolgt vom Bezirk Blücherplatz mit 31,8 % (der Kieler Durchschnitt lag bei 22,7 %).

Interessant ist vor allem (vgl. Abb. 3) der unterdurchschnittliche NS-Stimmenanteil im Villenviertel Düsternbrook, im Gegensatz zu den anderen bürgerlichen Wohnbezirken, in denen die NSDAP sämtlichst über dem Durchschnitt liegt. Hier lag er nur bei 20,1 % und damit unter dem Stimmenanteil der liberalen Parteien (DVP und DDP) von 20,8 %. Die DNVP büßte zwar im Vergleich zu 1928 mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils ein, aber Daten aus Düsternbrooker Stimmbezirken zeigen, daß hier wohl ein erheblicher Anteil ehemaliger DNVP-Wähler die „Konservative Volkspartei" von Treviranus gewählt hatte (eine aus Protest gegen den Hugenbergkurs abgespaltene Gruppe ehemaliger Deutschnationaler). Diese Beobachtung weist gewiß Unterschiede zu den in Berlin und Hamburg untersuchten großbürgerlichen Wohnbezirken auf, wo die NSDAP von Anfang an sehr hohen Zuspruch fand.[44]

In den Arbeiterbezirken auf dem Ostufer und im Süden war der NS-Stimmenanteil durchweg unterdurchschnittlich, jedoch nur in Ellerbek um mehr als 10 Prozentpunkte. Ist dieses Er-

[43] Vgl. Hädicke, a.a.O., S. 69.
[44] Vgl. Hamilton, a.a.O., S. 121.

Prozentanteile der NSDAP in den Stadtteilen
Reichstagswahl 1930



rechte Seite: Abbildung 4

gebnis noch denen in anderen Großstädten vergleichbar, so erstaunt doch das relativ schwache Abschneiden in den Randbezirken Kiels, die in direkter Nachbarschaft zu den in starkem Maße nationalsozialistisch wählenden ländlichen Gebieten lagen (1930 im angrenzenden Kreis Bordesholm 31,7 % für die NSDAP). Hier könnte man vermuten, daß ländlicher Einfluß, familiäre Bindungen zur dörflichen Umgebung und ähnliche Einstellungsmuster wie auf dem Land trotz hohen Arbeiteranteils an der Bevölkerung der NSDAP zugute kamen; eine Beobachtung, die Hamilton im Hamburger Stadtteil Finkenwerder machte.[45]

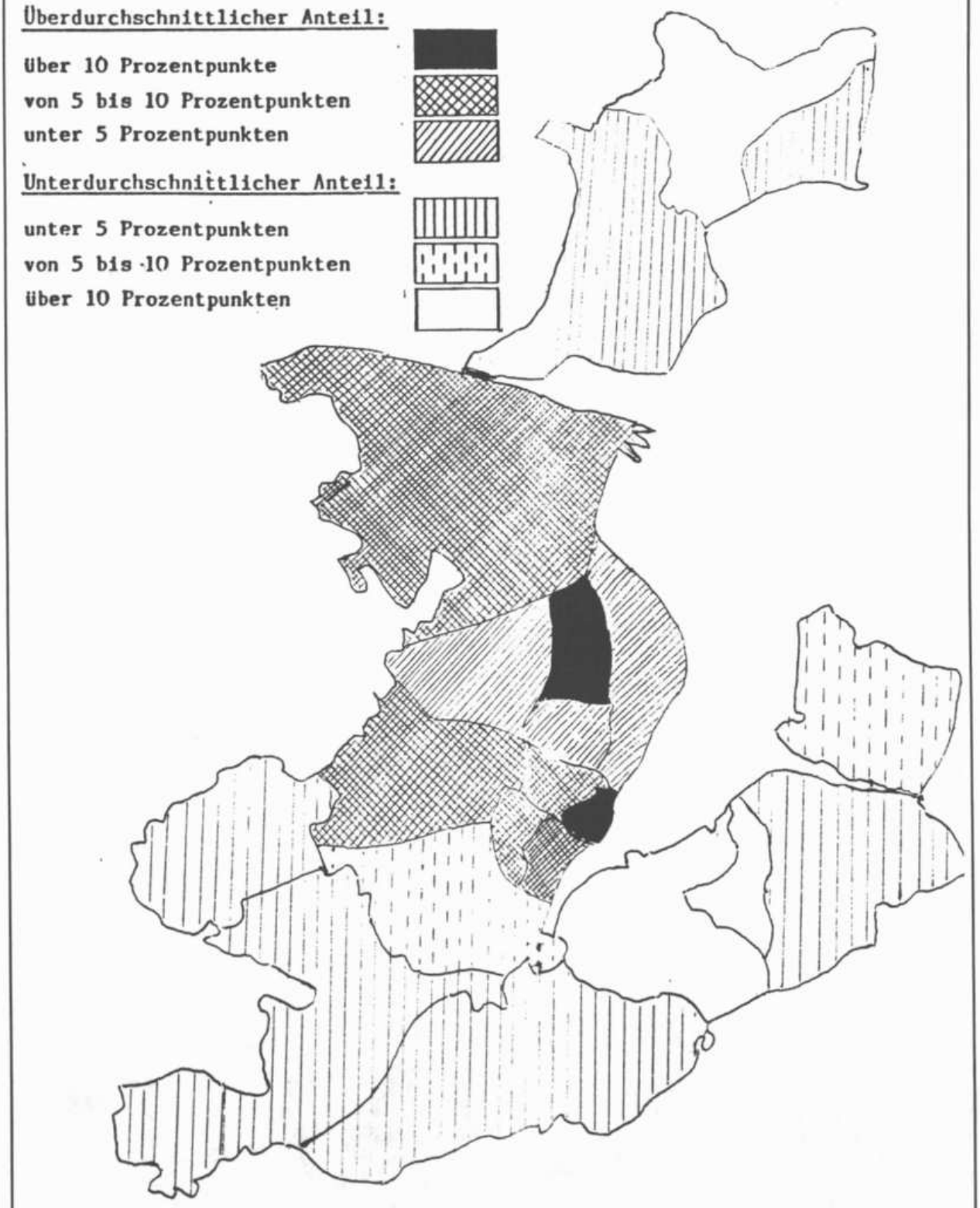
Diese Vermutung erweist sich für die Kieler Randbezirke als falsch, da die Nationalsozialisten hier überall unterdurchschnittlich abschnitten, in Pries mit nur 12,6 % mit dem zweitschlechtesten Ergebnis.

Bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 (Abb. 4) zeigen sich gegenüber der Verteilung von 1930 folgende Unterschiede:

- Es erscheinen mehr Stadtteile mit extrem niedrigen bzw. extrem hohen NSDAP-Stimmanteilen, was auf eine regionale Polarisierung zwischen bürgerlichen Wohnvierteln und den eher von Arbeitern bewohnten Gebieten hinweist.
- Im großbürgerlichen Düsternbrook ist jetzt der nationalsozialistische Stimmenanteil überdurchschnittlich geworden, wenn auch nicht so stark wie in anderen bürgerlichen Bezirken. Die Liberalen mußten hier zwei Drittel ihres Stimmenanteils abgeben, während die Deutschnationalen den ihren wieder erhöhen konnten.
- In den am Stadtrand liegenden Stadtteilen lag der NSDAP-Anteil weiterhin unter dem Durchschnitt, aber außer in Pries und Neumühlen-Dietrichsdorf nicht so weit wie in den Ostuferbezirken.
- Absolute Hochburgen waren die Altstadt mit 58 % und Blücherplatz mit 59,3 % (im Kieler Durchschnitt 45,9 %). Starken Zuspruch fand die Partei allerdings auch in den anderen bürgerlichen Wohngebieten im Zentrum, Norden und Westen Kiels.

[45] Ebd. S. 116.

Prozentanteile der NSDAP in den Stadtteilen
Reichstagswahl 1932 I



c. Die Präsidentschaftswahlen von 1925 und 1932

Eine interessante Parallele weist ein Vergleich der Präsidentschaftswahlen von 1925 und 1932 (jeweils der 2. Wahlgang) zwischen den Ergebnissen für Hindenburg 1925 als Kandidaten der republikfeindlichen Rechten und Hitler 1932 als Kandidaten der ebenfalls republikfeindlichen „Harzburger Front" auf (Abb. 5).

Die Stadtteile mit den jeweils höchsten (d. h. mehr als 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegenden) – Blücherplatz, Düsternbrook und Altstadt – wie niedrigsten (d. h. um mehr als 10 Prozentpunkte darunter) Ergebnissen – Gaarden-Ost, Ellerbek und Pries – sind in beiden Fällen die gleichen. Zwar hatte Hindenburg 1925 mit 59,4 % einen höheren Stimmenanteil als Hitler mit 46 % im zweiten Wahlgang 1932, die regionale Verteilung zeigt jedoch, daß Hindenburg (nunmehr als Kandidat der Republik) zumeist dort am schlechtesten abschnitt, wo er 7 Jahre zuvor seine besten Ergebnisse erzielt hatte. Schon dieses Verteilungsmuster scheint zu bestätigen, daß Hindenburg 1932 in erster Linie mit Stimmen sozialdemokratischer Wähler gewählt wurde, ein Kuriosum angesichts Herkunft und Einstellung des amtierenden Reichspräsidenten.[46] Allerdings erhielt er in nur drei bürgerlichen Stadtteilen weniger als 40% der Stimmen.

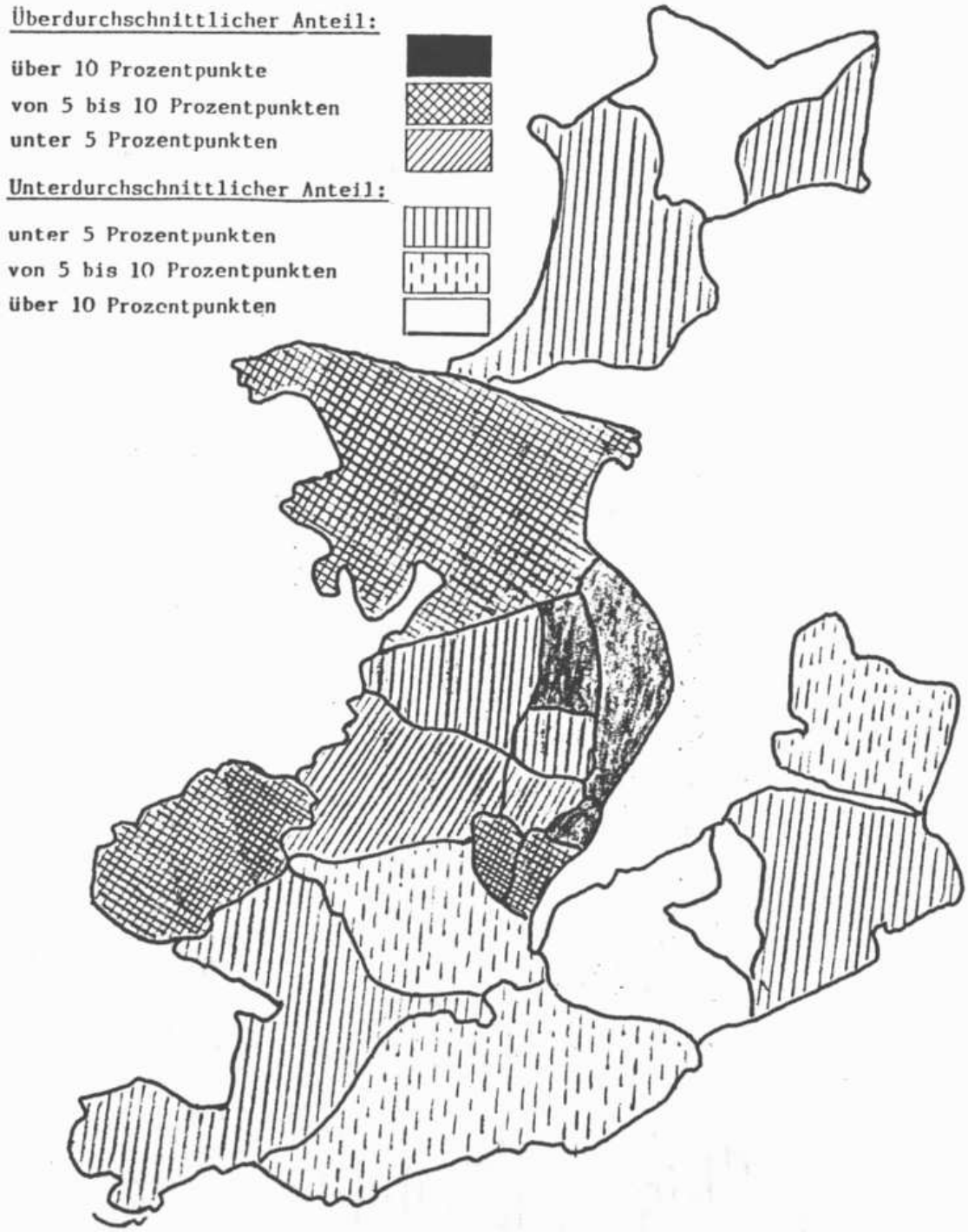
Festzuhalten ist:

1. eine Polarisierung zwischen den mehrheitlich wohl von Arbeitern bewohnten Stadtteilen mit stark unterdurchschnittlichen NSDAP-Stimmanteilen und eher bürgerlichen Wohngebieten mit stark überdurchschnittlichem Abschneiden dieser Partei;
2. eine schwächere Tendenz zur NSDAP im Villenviertel Düsternbrook, (im Vergleich zu anderen bürgerlichen Bezirken), in dem Hitler als Kandidat der „Harzburger Front" im 2. Wahlgang jedoch 57,6 % erzielte;
3. kein spürbarer Trend zur NSDAP in den Stadtrandgebieten trotz der Nähe zu den benachbarten ländlichen Gebieten mit hohem NSDAP-Stimmenanteil;
4. eine Parallelität zwischen den Ergebnissen bei den Präsidentschaftswahlen für Hindenburg 1925 und Hitler 1932 in der regionalen Verteilung der Stimmenanteile.

rechte Seite: Abbildung 5

[46] Zur Reichspräsidentschaftswahl 1932 siehe: Volker R. Berghahn, Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs bei den Präsidentschaftswahlen 1932, in: Vierteljahreshefte f. Zeitgesch. 1965 (13. Jahrg.) S. 64–82.

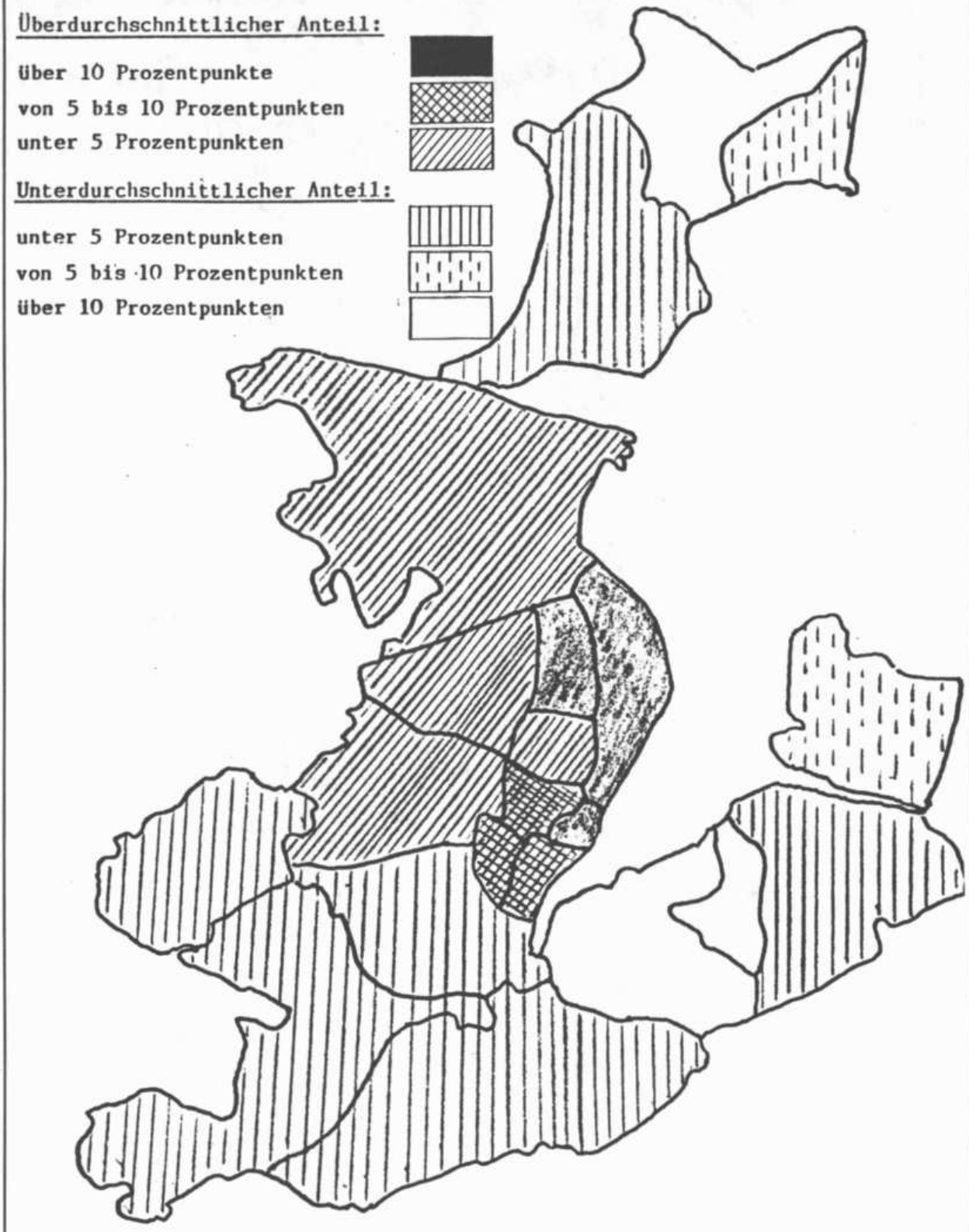
Reichspräsidentenwahl 1925, 2. Wahlgang



Prozentanteile für Hindenburg in den Stadtteilen

Reichspräsidentenwahl 1932, 2. Wahlgang

Prozentanteile für Hitler in den Stadtteilen



Anhand 11 Kieler Stimmbezirke, die nach den maximalen Prozentanteilen der abgegebenen gültigen Stimmen der jeweiligen Parteien bei der Reichstagswahl von 1930 ausgesucht wurden, soll im folgenden der Zusammenhang zwischen der Wählerschaft der Parteien NSDAP, SPD, DNVP und ‚DDP/DVP' und der Sozialstruktur in den Stimmbezirken untersucht werden. Die ausgewählten Stimmbezirke sind hierbei nicht als repräsentative Stichprobe der Grundgesamtheit von insgesamt 156 Kieler Stimmbezirken anzusehen, schon weil sie nach der abhängigen Variable und nicht nach der Schichtenverteilung der jeweiligen Bezirke ermittelt wurden.

linke Seite: Abbildung 6

Die Sozialstrukturdaten wurden aus dem „Kieler Adreßbuch 1930" mit Hilfe einer Stichprobe entnommen, wobei die Einteilung in die Kategorien „Selbständige", „Angestellte" und „Arbeiter" nach der Definition der ‚Statistik des Deutschen Reiches' vorgenommen wurde. Unter die Kategorie „Sonstige" wurden alle Personen, die sich nicht den ersten drei Schichten zuweisen ließen, subsumiert.

Die Prozentuierung der Kategorien erfolgte auf Basis der Summe der obigen vier Sozialstrukturvariablen.

Für die 11 ausgewählten Stimmbezirke, geordnet nach abnehmendem Arbeiteranteil, ergibt sich folgendes Profil: Wie bereits auf Stadtebene, läßt sich auch in diesen Stimmbezirken eine Konstanz der summierten Prozentanteile der Linksparteien SPD und KPD feststellen, wobei sich die sozialistische „Wählerschaft" zunehmend radikalisierte. Die NSDAP konnte sich also offensichtlich auf Kosten der bürgerlichen und liberalen Parteien profilieren. Besonders an den Hochburgen der bürgerlichen und liberalen Parteien (Stimmbezirke in der unteren Reihe der Graphik) bei der Reichstagswahl von 1928 wird deutlich, daß sich deren Stimmverluste bei den folgenden Reichstagswahlen in zwei Phasen abgespielt hat: Während von 1928 auf 1930 die DNVP relativ mehr prozentuierte gültig abgegebene Stimmen als die „DDP/DVP" verlor, hatten die Liberalen von 1930 auf 1932 I deutlich stärkere Verluste, die DNVP konnte in einigen Stimmbezirken sogar Gewinne erzielen.

Der Stimmbezirk 142 im Stadtteil Hassee weist für die Reichstagswahl 1930 den niedrigsten Stimmenanteil der NSDAP in ganz Kiel auf: Sie erreichte nur 1,0 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Für eine weitere Betrachtung scheidet dieser Stimmbezirk allerdings leider aus, da sich in diesem Bezirk die abgegebenen gültigen Stimmen von 1930 auf 1932 I um 40 % auf 1410 erhöhten, was wohl auf eine Veränderung des „Einzugsgebietes" zurückzuführen ist.

Die höchsten Ergebnisse konnte die NSDAP dagegen in den Bezirken 1, 86, 94, 104 erreichen. Allen vier Stimmbezirken ist ein geringer Arbeiteranteil gemeinsam, wobei die Bezirke 1 und 86 einen hohen Selbständigenanteil, die beiden Bezirke im Stadtteil Blücherplatz einen hohen Angestelltenanteil aufweisen. Sowohl der Bezirk 1 als auch der Bezirk 86 liegen in den Geschäftsvierteln der Stadt Kiel, weshalb sich die Selbständigen in diesen Bezirken zu einem großen Teil aus Kaufleuten

STIMMBEZIRKE

111 Gaarden Ost

62 Ravensberg

156 Neumühlen-Dietrichsdorf

11 Vorstadt

9 Hassee

142 Hassee

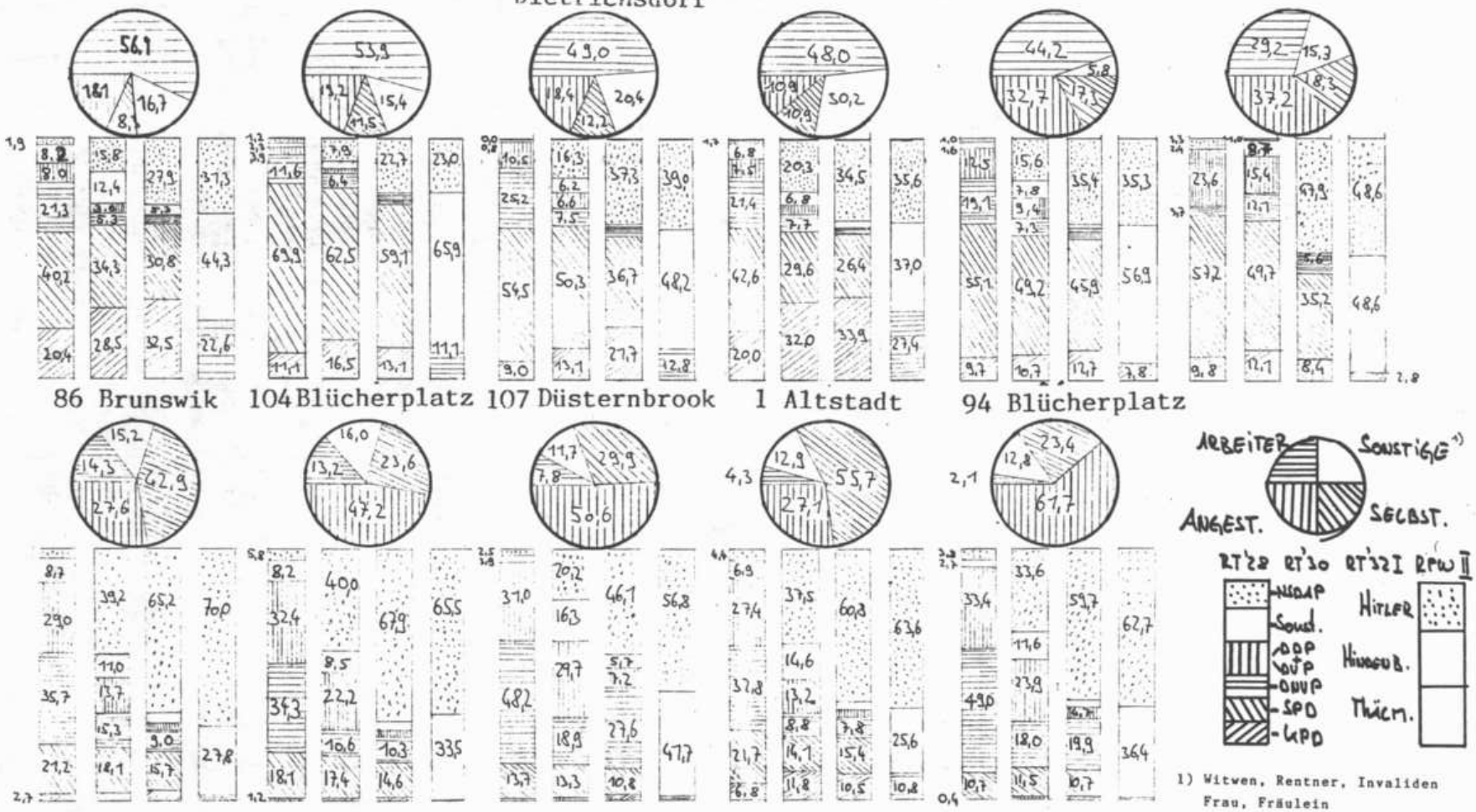
86 Brunswik

104 Blücherplatz

107 Düsternbrook

1 Altstadt

94 Blücherplatz



1) Witwen, Rentner, Invaliden Frau, Fräulein

und Handwerksmeistern zusammensetzen.

Diese Leute waren vor allem indirekt von der Arbeitslosigkeit betroffen, da sich für sie die Arbeitslosigkeit in Umsatzeinbußen bemerkbar machte.

Die beiden anderen ausgewählten NSDAP-Hochburgen, Stimmbezirk 94 und 104, weisen eine ähnliche soziale Schichtung auf wie der Bezirk 107 in Düsternbrook, dem Villenviertel Kiels. Letzterer erweist sich jedoch als deutlich stabiler, was die liberalen und bürgerlichen Stimmen angeht. Gleichzeitig ist die NSDAP hier deutlich schwächer. Der primäre Grund für diese Differenzen liegt in der Zusammensetzung der Kategorie „Angestellte": Während im Stimmbezirk 107 hohe Beamte der Marine einen hohen Anteil bei den Angestellten ausmachen und sich die Selbständigen vor allem aus Juristen und Ärzten zusammensetzen, sind in den Bezirken 94 und 104 Angestellte der Mittelschicht und mittlere Beamte vorherrschend.

Die höchsten Ergebnisse für die KPD weisen die Bezirke 111 in „Gaarden-Ost" und 11 in „Vorstadt" auf. In beiden Bezirken ist der Anteil der Industriearbeiter sehr hoch. Im Gegensatz zu den Hochburgen der SPD in den Bezirken 9 in „Hassee", 62 in „Ravensberg" und 156 in „Neumühlen-Dietrichsdorf", wo die Arbeiteranteile zwar ebenfalls über dem Durchschnitt liegen, diese sich aber kaum aus Industrieproletariat zusammensetzen.

Für eine genauere Analyse der Abhängigkeit von Wahlergebnissen und der Sozialstruktur in einem Stimmbezirk bietet sich das statistische Maß des ‚Korrelationskoeffizienten' an. Diese Maßzahl, die von 1 bis -1 schwanken kann, gibt die Stärke eines Zusammenhangs zwischen zwei Variablen an, zwischen gewählter Partei und sozialer Schicht also. Ist der Zusammenhang positiv, so nimmt der Korrelationskoeffizient einen positiven Wert an, wobei der positive Zusammenhang um so eindeutiger wird, je näher diese statistische Maßzahl bei 1 liegt. Für einen negativen Zusammenhang gilt analog das Umgekehrte. Liegt der Korrelationskoeffizient um 0, so läßt sich kein Zusammenhang feststellen.

Aus den Daten der vorhergehenden Tabelle ergibt sich für die Reichstagswahl von 1930 folgende Korrelationskoeffizientenmatrix:

	Arbeiter %	Angestellte %	Selbständige %
NSDAP %	-.6871	.3389	.6777
SPD %	.7983	-.5230	-.6421
KPD %	.7633	-.7978	-.3688
DNVP %	-.7367	.7961	.4305
DDP/DVP %	-.9605	.8892	.4599

An dieser Stelle ist es vielleicht nochmals wichtig zu bemerken, daß wir es mit sog. Aggregatdaten zu tun haben und sich somit nur begrenzt Aussagen auf der Individualebene treffen lassen. Zudem sind die Korrelationskoeffizienten nicht für gesamt Kiel gültig, da sie aufgrund der Auswahlmethode der Stimmbezirke nur die Extremwerte erfassen. Nichtsdestotrotz dürften sie aber der Tendenz nach verallgemeinerbar sein.

Deutlich ist der stark positive Zusammenhang zwischen dem Anteil der Arbeiter in einem Stimmbezirk und den prozentuierten Wahlergebnissen der beiden Linksparteien KPD und SPD. Umgekehrt zeigen sich stark negative Zusammenhänge zwischen der Arbeiterschaft und den Ergebnissen der übrigen Parteien, wobei es der NSDAP noch eher gelang, in Arbeitergebiete einzudringen als den liberalen Parteien, erkennbar an dem deutlich negativerem Korrelationskoeffizienten der „DDP/DVP".

Mit anderen Worten: Gebiete mit hohem Arbeiteranteil haben eine große Affinität zu den Parteien SPD und KPD, während sie sich gegenüber den anderen Parteien einschließlich der NSDAP als relativ immun erweisen. Berücksichtigt man, daß sich die Arbeitslosen in Kiel 1933 zu 76,9 % aus der Arbeiterschaft rekrutierten und geht man davon aus, daß diese Struktur ähnlich auch 1930 vorlag, so liegt der indirekte Schluß nahe, daß die NSDAP von arbeitslosen Arbeitern nur stark unterdurchschnittlich profitieren konnte. Akzeptiert man diese indirekte Erfassung der Arbeitslosigkeit, so bestätigt sich hier auch auf Stimmbezirksebene (zumindest für die hier 11 ausgewählten) das von Falter auf Wahlkreisebene für das gesamte Deutsche Reich herausgefundene Ergebnis.

Während die Linksparteien nur von einer sozialen Schicht profitieren, werden die Ergebnisse der anderen Parteien sowohl von Gebieten hoher Angestellten- als auch hoher Selbständigenquoten begünstigt. Am deutlichsten profitiert die NSDAP von den Selbständigenanteilen in den jeweiligen Stimmbezirken, während die Linksparteien deutlich negativ korrelieren, wobei der negative Zusammenhang bei der SPD deutlich stärker ausfällt als bei der KPD. Dieses Faktum ist primär auf den Stimmbezirk 1 in der „Altstadt" zurückzuführen, da die KPD hier trotz der hohen Selbständigenquote ein relativ hohes Stimmergebnis erzielen konnte, welches deutlich über dem Arbeiteranteil lag.

Die liberalen Parteien und die DNVP können vor allen Dingen in Stimmbezirken mit einem hohen Anteil an Angestellten überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen, während die NSDAP von den Angestellten deutlich geringer profitiert als von den Selbständigen. Ein Vergleich zwischen der SPD und der KPD zeigt zudem, daß zwar beide Parteien vom Angestelltenanteil nicht profitieren, es der SPD aber noch eher gelingt, Angestellte anzusprechen als der KPD.

Nimmt man die Summe der drei Korrelationskoeffizienten ohne Berücksichtigung ihrer Vorzeichen, so erhält man ein Maß, das angibt, inwieweit es einer Partei gelang, alle drei soziale Schichtungen anzusprechen. Je näher dieses Maß bei 0 liegt, desto eher gelang es einer Partei in alle drei sozialen Schichten einzudringen. Je näher sich diese Maßzahl zum Maximalwert von 3 bewegt, desto weniger sprach diese Partei alle Schichten an. Für die fünf betrachteten Parteien ergeben sich folgende Werte:

NSDAP	1.7037
SPD	1.9684
KPD	1.9299
DNVP	1.9633
DDP/DVP	2.3096

Bei den 11 ausgewählten Stimmbezirken gelang es somit den Liberalen am wenigsten, in alle drei soziale Schichtungen einzudringen, während es der NSDAP noch am ehesten gelang, in allen Schichten gleichzeitig Wähler anzusprechen.

Fazit: Anhand der vorliegenden Querschnittsanalyse über 11 Stimmbezirke wird offensichtlich, daß allgemein zwischen der Wählerschaft einer Partei und der Sozialstruktur eines Stimmbezirkes ein Zusammenhang besteht. Es wird deutlich, daß sich die Arbeiterschaft inclusive deren Erwerbslose als relativ immun gegenüber dem Nationalsozialismus erweist, während es der NSDAP vor allem gelingt, die Selbständigen anzusprechen. Gleichzeitig gelingt es der NSDAP eher als den übrigen hier untersuchten Parteien in alle Schichten gleichzeitig einzudringen.

2.2.2. Wählerwanderungen in Kiel 1925–1932

Aussagen über Wechselwähler in der Zeit der Weimarer Republik zu machen, erscheint angesichts des Fehlens zeitgenössischer Meinungsumfragen als problematisch. Basis hierfür können nur Untersuchungen anhand der Wahlergebnisse aus Stimmbezirken, Stadtteilen oder Kreisen sein, sogenannte Aggregatdaten, für die gilt, daß, je höher deren Niveau ist, desto ungenauer die Analysen werden. Statistische Verfahren bieten zwar Möglichkeiten der Auswertung, deren Ergebnisse bergen jedoch die Gefahr einer Fehlinterpretation, des sogenannten *„ökologischen Fehlschlusses"*.[47]

Im Falle Kiels liegen die Ergebnisse auf Ebene der 156 Wahllokale vor, also der kleinstmöglichen Aggregateinheit. Schon das Fehlen von Angaben über die Wahlbeteiligung aber macht die erste Annahme notwendig, daß sich Änderungen in der Zusammensetzung der jeweiligen Wählerschaft (durch Hinzukommen ehemaliger Nichtwähler etwa) nicht zugunsten der einen oder anderen Partei auswirken, eine gerade im Falle des Aufkommens der NSDAP sicherlich unsinnige Annahme.[48] Sie sollte deshalb dahingehend interpretiert werden, daß der Einfluß einer Änderung der Wahlbeteiligung (vor allem von 1928 auf 1930) unsere Ergebnisse nicht grundlegend verändert. Die zweite notwendige Annahme ist, daß Umfang und Struktur der Stimmbezirke über den Zeitraum von 1925 bis 1932 weitestgehend erhalten blieben.[49]

Das hier zur Schätzung der *„Übergangswahrscheinlichkeiten"* (von einer Partei zur anderen) angewandte Verfahren der *„ökologischen Regression"* erfordert recht starke Modellannahmen und ist in der Sozialwissenschaft durchaus umstritten. Es wird hier vor allem deswegen angewandt, da es uns erlaubt, die Ergebnisse in einer auch für Laien verständlichen Form darzustellen.[50] Sämtliche Resultate sollten allerdings mit Vor-

[47] Vgl. Alker.

[48] Vgl. Falter et al. 86.

[49] Der Stimmbezirk Nr. 150a kam erst 1932 hinzu und wurde nicht berücksichtigt.

[50] Die folgenden Tabellen 2 bis 9 wurden mit Hilfe des Programms LVPLS erstellt, welches aus den mit dem Umfang der Stimmbezirke differenziert gewichteten Mittelwerten, Standardabweichungen und Korrelationskoeffizienten die Übergangswahrscheinlichkeiten berechnet. Negative Schätzer wurden mit dem Iterationsverfahren des „Proportional Fitting" bereinigt.
Alle anderen Berechnungen wurden mit dem Statistikprogramm SPSS durchgeführt (Statistical Package for the Social Sciences, siehe Nie/Hull, SPSS 9, Stuttgart/New York 1983), Dateneingabe und Aufbereitung mit dem Datenbanksystem SIR (Scientific Information Retrieval User's Manual, Version 2, Evanston 1980).

sicht interpretiert und kleinere Unterschiede dabei vernachlässigt werden.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist die Reichstagswahl 1928, bei der die Parteien der Weimarer Koalition noch eine Mehrheit der Wähler auf sich vereinigen konnten. Trotz der relativen Stärke der republikfeindlichen Rechten (DNVP und NSDAP: 28,9 %) darf man sicherlich in Kiel noch von einem Votum für die Republik sprechen.

Tabelle 2: Von 100 Wählern der Reichstagswahl 1928

der	hatten 1925 im 2. Wahlgang			
	Marx	Hindenburg	Thälmann	
SPD	79	18	3	(= 100)
DVP u. DDP	1	99	0	(= 100)
DNVP	4	94	2	(= 100)
kl. Parteien	11	83	6	(= 100)
			gewählt.[x]	

x) Durch ökologische Regression geschätzt, negative Schätzer mit „proportional Fitting" bereinigt

Schätzt man allerdings die vorherige Stimmabgabe bei der Präsidentschaftswahl 1925 beim 2. Wahlgang, so zeigt sich, daß nur bei den sozialdemokratischen Wählern von 1928 eine Mehrheit für den Kandidaten der Republik, den Zentrumspolitiker Marx, gestimmt haben dürfte. Im gesamten bürgerlichen Lager (wahrscheinlich mit Ausnahme der Wähler des Zentrums[51]) gab es eine überwältigende Mehrheit für Hindenburg. Dies weist auf eine Bereitschaft der Wähler der bürgerlichen Parteien (auch der Weimarer) hin, sich u. U. für anti-demokratische Alternativen zu entscheiden.[52]

Tabelle 3: Von 100 Wählern der Reichstagswahl 1928

haben 1930	der (bürgerl. Parteien) DDP/DVP	DNVP	kl. P.	(Arbeiterparteien) KPD	SPD
alte Partei	35	20	16	60	79
NSDAP	31	40	64	8	4
andere P.	34	40	20	32	17
(% 1928)	(17.2)	(26.9)	(7,1)	(7.2)	(41.3)
=	100	100	100	100	100
					gewählt.[x]

[x] Durch ökologische Regression geschätzt, negative Schätzer mit „proportional Fitting" bereinigt.

Tabelle 3 zeigt die geschätzten Wählerbewegungen von der Reichstagswahl von 1928 zur Wahl von 1930, bei der die NSDAP zum ersten Male einen beträchtlichen Zuwachs zu verzeichnen hatte. Bei den bürgerlichen Parteien haben wohl in erster Linie eine Mehrheit der Wähler der kleineren (zumeist mittelständischen) Parteien nationalsozialistisch gestimmt, des weiteren ein Großteil der deutschnationalen Wähler und „nur" ein Drittel der vormals liberalen Wählerschaft. Die These Lipsets u. a., nach der in erster Linie der Niedergang der liberalen

[51] Eine Schätzung war wegen des geringen Stimmenanteils nicht möglich.

[52] Allerdings wurde Hindenburg 1925 auch von der DVP mitaufgestellt, die erst seit 1923 zu den Weimarer Parteien gerechnet werden kann und der Republik kritisch gegenüberstand. Vgl. hierzu Kaack, 1971, S. 136f.

Parteien den Aufschwung der NSDAP verursacht hat, während die Konservativen ihr Potential behielten, scheint danach keine Bestätigung zu bekommen.

Tabelle 4: Von 100 Wählern der Reichstagswahl 1930

haben im Juli 1932	der (bürgerl. Parteien) DDP/DVP	DNVP	kl. P.	(Arbeiterparteien) KPD	SPD
alte Partei	4	18	4	39	66
NSDAP	49	57	75	27	24
andere P.	47	25	21	34	10
(% 1930)	(11.0)	(9.0)	(9.6)	(11.4)	(37.2)
=	100	100	100	100	100 gewählt.[x]

Erst der Übergang von 1930 auf die Juliwahl 1932 zeigt (Tab. 4), daß etwa die Hälfte der liberalen Wähler von 1930 1932 zur NSDAP überwechselte, zusammen mit einer Mehrheit deutschnationaler Wähler und sogar zwei Dritteln der Wähler kleinerer Parteien. Zwar ergibt die Schätzung auch einen Wechsel von etwa einem Viertel der ehemaligen Wähler der beiden Arbeiterparteien zur NSDAP, dieser hat jedoch deutlich geringere Ausmaße gehabt als bei denen bürgerlicher Parteien.

[x] Durch ökologische Regression geschätzt, negative Schätzer mit „proportional Fitting" bereinigt. Die DDP nannte sich ab 1930 „Deutsche Staatspartei".

Tabelle 5: Von 100 Wählern der Reichstagswahl 1930

haben im März 1932	der (bürgerl. Parteien) DDP/DVP	DNVP	kl. P.	(Arbeiterparteien) KPD	SPD
den Kandidaten der bisherigen Partei	41	23	–	59	84
Hitler	46	49	43	24	13
anders	13	28	57	17	3
(% 1930)	(11.0)	(9.0)	(9.6)	(10.4)	(37.2)
=	100	100	100	100	100 gewählt.[x]

Bei der vorangegangenen Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1932 entschieden sich (Tab. 5) schon im ersten Wahlgang etwa die Hälfte der bürgerlichen Wähler von 1930 für Hitler, aus den Reihen ehemaliger DNVP-Wähler nur ein Viertel für Düsterberg, den Kandidaten des der DNVP nahestehenden „Stahlhelms". Die größte Stabilität scheint wie bisher die sozialdemokratische Wählerschaft aufzuweisen, von der sich eine überwältigende Mehrheit für Hindenburg mobilisieren ließ.

[x] Durch ökologische Regression geschätzt, negative Schätzer mit „proportional Fitting" bereinigt. DDP, DVP und SPD unterstützten Hindenburg, DNVP Düsterberg, die KPD Thälmann.

Angesichts des kurzen Zeitabstandes von zwei Wochen zwischen dem ersten (am 29. März 1932) und dem zweiten Wahl-

gang (10. April 1932) bietet es sich an, die Übergangswahrscheinlichkeiten für die gesamte Wählerschaft einschließlich einer möglichen Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang zu schätzen.[53]

Tabelle 6: Von 100 Wählern im 1. Wahlgang 1932

haben im 2. Wahlgang	von Hitler	Düsterberg	Hindenburg	Thälmann
Hitler	94	49	7	17
Hindenburg	0	28	91	21
Thälmann	3	10	1	52
nicht	3	13	1	10
(% 1. Wahlgang)	(39.2)	(5.3)	(44.4)	(10.6)
=	100	100	100	100

gewählt.[x]

[x] Durch ökologische Regression geschätzt, negative Schätzer durch „proportional Fitting" bereinigt.

Erwartungsgemäß zeigt sich bei den Wählern von Hindenburg und Hitler eine hohe Stabilität und eine geringe Tendenz zur Wahlenthaltung. Die Wählerschaft des im zweiten Wahlgang nicht mehr kandidierenden Düsterberg scheint nur zur Hälfte für den Kandidaten der „Harzburger Front", Hitler, zu einem Drittel für Hindenburg gestimmt zu haben. Wie auch bei den Wählern des kommunistischen Kandidaten Thälmann wählte ein Zehntel nicht wieder. Die Wähler des Hamburger Arbeiterführers Thälmann wählten ihn nur zur Hälfte wieder und entschieden sich in nicht geringer Zahl für einen der beiden aussichtsreicheren Kandidaten.

Tabelle 7: Von 100 Wählern bei der Präsidentschaftswahl 1932 (April)

von	hatten 1928 bei der Reichstagswahl KPD	SPD	DDP/DVP	DNVP	kl. P.	
Hindenburg	3	70	13	13	1	(= 100)
Hitler	6	17	25	39	13	(= 100)

gewählt.[x]

[x] Durch ökologische Regression geschätzt, negative Schätzer durch „proportional Fitting" bereinigt.

Schätzt man für den entscheidenden Wahlgang am 10. April das Elektorat der beiden Hauptkandidaten Hindenburg und Hitler nach der Stimmabgabe bei der letzten Wahl vor Aufkommen der NSDAP 1928 (Tab. 7), so zeigt sich, daß rund zwei Drittel der Hindenburg-Wähler vier Jahre zuvor sozialdemokratisch gewählt hatten und nur ein Drittel eine der bürgerlichen Parteien. Bei den Wählern Hitlers überwiegt hingegen mit 80 % der Anteil der bürgerlichen Wähler von 1928.

[53] Annahme ist a) eine Konstanz der Summe aller Wahlberechtigten und b) die Zahl der Nichtwähler des 1. Wahlganges, die im zweiten gewählt hat, ist nur sehr gering. Nichtwähleranteil des 2. Wahlganges geschätzt nach: Nichtwahl 2. Wahlgang = (Stimmenzahl 1.W.) – (Stimmenzahl 2.W.).

Tabelle 8: Von 100 Wählern bei der Reichstagswahl vom Juli 1932

	hatten 1928 bei der Reichstagswahl					
von	KPD	SPD	DDP/DVP	DNVP	kl. P.	
SPD	3	80	10	4	3	(=100)
NSDAP	2	25	25	38	10	(=100)

gewählt.[x]

[x] Durch ökologische Regression geschätzt, negative Schätzer durch „proportional Fitting" bereinigt.

Vergleicht man dieses Resultat mit der Zusammensetzung des Elektorats von SPD und NSDAP bei der Juliwahl 1932 nach dessen Stimmabgabe 1928, so bietet sich ein ähnliches Bild, welches bei der NSDAP-Wählerschaft einen gleich großen Anteil ehemaliger DNVP- und liberaler Wähler wie bei den Hitler-Wählern aufweist. Bei der SPD hingegen zeigt sich eine große Stabilität von 80 % „alter" Wählerschaft, die schon 1928 für diese Partei votiert hatte.

Die im November 1932 abgehaltenen Reichstagswahlen erbrachten der NSDAP auch in Kiel einen Rückschlag, während vor allem DNVP, aber auch KPD profitierten. Deshalb stellt sich für die Untersuchung dieser Wahl vor allem die Frage inwieweit die „Siegerparteien" DNVP und KPD von dem Rückgang des nationalsozialistischen Stimmenanteils den Nutzen hatten, womöglich NS-Wähler von der Juliwahl diesmal der auch republikfeindlichen KPD ihre Stimme gaben und sich „nach links radikalisierten".

Tabelle 9: Von 100 Wählern bei der Reichstagswahl vom November 1932

	hatten im Juli 1932					
der	KPD	SPD	kl. P.	DNVP	NSDAP	
KPD	40	24	9	2	25	(= 100)
DNVP	10	21	10	20	39	(= 100)

gewählt.[x]

[x] Durch ökologische Regression geschätzt, negative Schätzer durch „proportional Fitting" bereinigt.

Die Schätzung der Zusammensetzung des Elektorats beider Parteien nach ihrer Stimmabgabe im Juli 1932 (Tab. 9) ergibt, daß die Wählerschaft der DNVP sich zu einem Drittel aus ehemaligen NSDAP-Wählern zusammensetzte, eine beträchtliche Anzahl von ihnen diesmal der anderen Partei der „Harzberger Front" den Vorzug gab. Bei der KPD-Wählerschaft hatten je ein Viertel im Juli SPD und NSDAP gewählt, hiernach scheint also der Wähleraustausch zwischen KPD und NSDAP höher gewesen zu sein als zwischen SPD und NSDAP.[54]

Die offensichtliche Affinität der Wähler bürgerlicher Parteien (von DDP bis zur DNVP) zur NSDAP veranschaulicht auch folgende Tabelle, bei der die Stimmabgabe bei der Präsidentschaftswahl 1925 für Hindenburg, die hauptsächlich im konservativ-liberalen Spektrum erfolgte und als Manifestation einer latenten Feindseligkeit gegenüber der Weimarer Republik angesehen werden kann, als Prädikator (Vorhersage) für

[54] Die These, beide Parteien (KPD und NSDAP) hätten ein gemeinsames Wählerpotential gehabt, läßt sich u. E. hiermit nicht belegen. Anfangs gemachte Einschränkungen hinsichtlich der Verläßlichkeit der Schätzer, wie auch das im Gegensatz zur SPD heterogenere Wählerpotential der KPD stehen dem im Wege.

die späteren Wahlerfolge Hitlers und der NSDAP genommen wurde.[55]

Tabelle 10:

Mit dem Stimmenanteil Hindenburgs im April 1925 läßt sich bei der:	des Stimmenanteils für:	
Reichstagswahl 1928	44 %	NSDAP
Reichstagswahl 1930	65 %	NSDAP
Präsidentschaftswahl März 1932	75 %	Hitler
Präsidentschaftswahl April 1932	80 %	Hitler
Reichstagswahl Juli 1932	61 %	NSDAP
Reichstagswahl November 1932	65 %	NSDAP

erklären.

Bereits ab 1930 zeigt sich, daß mehr als 60 % der nationalsozialistischen Wahlerfolge hiermit erklärt werden können, den höchsten Wert erhält man für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 1932 mit 80 %, in dem auch die DNVP Hitler unterstützte. Die leicht schwächere Vorhersage für die Juliwahl 1932 (verglichen mit den anderen Reichstagswahlen seit 1930) deutete daraufhin, daß es der NSDAP bei dieser Wahl gelungen war, auch in Teilen der Anhängerschaft der Arbeiterparteien gewählt zu werden.
Festzuhalten ist:

- Schon im Vergleich zur Präsidentschaftswahl 1925 zeigt sich, daß die Wählerschaft der bürgerlichen Parteien von DDP bis zur DNVP der Republik kritisch gegenüberstand.
- Der Erfolg der NSDAP ist gleichermaßen auf die Verluste von DDP, DVP, DNVP und kleineren mittelständischen Parteien zurückzuführen; die liberale Wählerschaft ging erst 1932 in ihrer Mehrheit zur NSDAP, während die DNVP einen Teil ihrer Wähler halten konnte und im November 1932 sogar welche zurückgewann.
- Die Wählerschaft der Arbeiterparteien, insbesondere die der SPD, zeigte sich gegenüber nationalsozialistischer Stimmabgabe weitgehend resistent; zwischen kommunistischer und NSDAP-Wählerschaft scheint es gegen Ende der Weimarer Republik einen etwas größeren Wähleraustausch gegeben zu haben.

3. Zusammenfassung der Kieler Wahlanalyse

Die vorgenommene Analyse hat im Hinblick auf die am Anfang aufgeworfenen Fragestellungen zu folgenden Ergebnissen geführt:

- Auf Basis von 11 ausgewählten Stimmbezirken in Kiel läßt sich deutlich ein Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wählerschaft aufzeigen. Die NSDAP stößt, wie die Analyse zeigt, viel eher bei den Selbständigen und Angestellten auf Zuspruch, während sie von den Arbeitern nur stark unterdurchschnittlich gewählt wird.
  Dieses Ergebnis wird bei einer Betrachtung der 21 Stadtteile Kiels bestätigt, da sich auch hier zeigt, daß die Stadtteile mit

[55] Die Prozentangabe beruht auf dem Bestimmtheitsmaß r^2, für das gilt:

$$r^2 = \frac{\text{erklärte Varianz}}{\text{Gesamtvarianz}}$$

d. h. $r^2 \times 100$ = Prozentsatz der erklärten Variation. Vgl. hierzu: H. Benninghaus, Deskriptive Statistik, Stuttgart 1982, S. 205 f.

überdurchschnittlichen NS-Stimmenanteilen durchweg mehrheitlich von Selbständigen und Angestellten bewohnt waren.

- Für einen Zusammenhang zwischen NS-Wahlerfolgen und Erwerbslosen lassen sich in Kiel nur indirekte Anhaltspunkte finden, da uns weder auf Stimmbezirks- noch auf Stadtteilebene Arbeitslosendaten vorlagen. Da jedoch 76,9 % der Erwerbslosen der Arbeiterschicht entstammten und in Arbeiterbezirken die NSDAP nur unterdurchschnittlich gewählt wurde, liegt der Schluß nahe, daß die NSDAP von den erwerbslosen Arbeitern auch nur unterdurchschnittlich gewählt wurde.
  Dies bedeutet natürlich nicht, daß die NSDAP nicht von der Arbeitslosigkeit profitiert hätte. Der durch die Arbeitslosigkeit bedingte Nachfrageausfall ist gleichbedeutend mit einem Einnahmeausfall für direkt vom Markt abhängige Einkommenserwerbe, was sicherlich ein Erklärungsmuster für die hohe Affinität von Selbständigen zur NSDAP bietet.
- Der Zusammenhang zwischen der Auszehrung der bürgerlichen Parteien des liberalen und gemäßigt konservativen Lagers, aber auch der Deutschnationalen, und den NSDAP Wahlerfolgen muß bejaht werden, auch wenn die Wählerwanderungen nicht immer so eindeutig verlaufen. Der These vom Kausalzusammenhang zwischen dem Verschwinden des Liberalismus und dem Aufkommen der NSDAP muß aufgrund unserer Ergebnisse eine Absage erteilt werden. Gerade 1930 war es ein großer Teil der deutschnationalen Wähler der zur Hitlerpartei überwechselte, während der Einbruch der liberalen Parteien erst 1932 stattfindet. Man könnte insofern von einer Zwei-Phasen-Verschiebung reden.
- Ein Zusammenhang zwischen erhöhter Wahlbeteiligung sowie einer wachsenden Anzahl von Stimmberechtigten und den NSDAP Wahlergebnissen läßt sich nur graphisch veranschaulichen, seine Kausalität und wirkliche Auswirkung ist mit den Kieler Daten jedoch nicht nachzuweisen, da auf Stimmbezirks- und Stadtteilebene keine Angaben über die Anzahl der Stimmberechtigten und Nichtwähler zu erfahren waren.

Quellen

1. Zeitungen

- Kieler Zeitung, Jg. 29 – März 33, Kiel (KZ)
- Kieler Neueste Nachrichten, dto., Kiel (KNN)
- Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, dto., Kiel (VZ)
- „Volkskampf", August 31 bis März 33, Kiel

2. Verwaltungsberichte

- VB zur Etatberatung für die Zeit vom 1. 1.–31. 12. 1929, Kiel 1930
- VB zur Etatberatung für die Zeit vom 1. 1.–31. 12. 1930, Kiel 1931

3. Akten des Landesarchivs (Schleswig)

- Abt. 301 (Oberpräsidium) 4560
  4559
  4561
- Abt. 309 (Regierungspräsidium) 22 668
  22 998
  22 669
  22 996

4. Statistiken

- Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel, hrsg. vom Direktor d. Statistischen Amtes Kiel, mehrere Ausgaben.
- Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, Jg. 27 u. 33
- Statistik des Deutschen Reiches Bd. 250–434 (in Auswahl) Berlin 1913–1935

5. Literatur

– Alker, H. R., A Typology of Ecological Fallacies, in: Dogan/Rokkan (Hrsg.) Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences, Cambridge (Mass.) 1969

– Burnham, Walter Dean, Political Immunization and Political Confessionalism, in: Journal of Interdisciplinary History 1972, S. 1–30

– Falter, J. W./Link, A./Lohmüller, J.-B./de Rijke, J./Schumann, S., Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 35, 1983, S. 525–551

– Falter, Jürgen W., Politische Konsequenzen der Massenarbeitslosigkeit, in: Polit. Vierteljahresschrift Nr. 3, 1984, 275–295

– Falter et al., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933), München 1986

– Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft zu Kiel (Hg.), Kiel 1933, Kiel 1983

– Hädicke, Elli; Kiel – Eine stadtgeographische Untersuchung, Kiel 1931

– Hamilton, Richard, Who Voted for Hitler? Princeton 1982

– Heberle, Rudolf, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963

– Klaffke, Thomas, Die Kieler Sozialdemokratie in den letzten Jahren der Weimarer Republik (Diplomarbeit), Kiel 1973

– Kleyser, F., Kleine Kieler Wirtschaftsgeschichte von 1942–1945, Kiel 1969

– Lipset, Seymour Martin, „Fascism" – Left, Right and Center, in: ders., Political Man, Baltimore 1981

– Petzina/Adelshauser/Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München 1978

– Rietzler, Rudolf, „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1982

– Steffens, Annelene, Die Entwicklung der Kieler NSDAP im

Spiegel der Tagespresse 1929–33. Organisation, Propaganda und Wahlerfolge (Wissenschaftliche Hausarbeit für das Lehramt an Realschulen), Kiel 1974
– Stoltenberg, Gerhard, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933, Düsseldorf 1962
– Wenzel, Rüdiger, Bevölkerung, Wirtschaft und Politik im kaiserlichen Kiel zwischen 1870 und 1914, Kiel 1978
– Wissing, Jürgen, Boden- und Wohnverhältnisse in Kiel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1914, Bonn/Leipzig 1929
– Zottmann, Anton, Kiel. Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart und die Grundlagen ihres ökonomischen Neuaufbaus, Kiel 1947